



Ausschussdrucksache 20(9)88

01.07.2022

**Matthias Wachter,
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) e. V.,
Berlin**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

**„Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von
Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr
(Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz – BwBBG)“**

am 4. Juli 2022

Stellungnahme

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr (Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz - BwBBG) BT-Drucksache 20/2353

Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz –
BwBBG

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
Bewertung des vorliegenden Gesetzentwurfs	4
Europäisches Recht ausschöpfen	4
Funktionale Ausschreibungen verstärkt nutzen	4
Schwellenwert der 25-Millionen-Euro-Vorlagen erhöhen	4
Gesetz befristen	5
Über den BDI	6
Impressum	6

Vorbemerkung

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine hat Russland die europäische Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur zerstört. Russland spricht der Ukraine das Existenzrecht als eigenständiger Staat ab und strebt eine gewaltsame Verschiebung von Grenzen in Europa an. Der russische Angriffs- und Vernichtungskrieg richtet sich damit nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen eine regelbasierte Ordnung insgesamt. Die Grundlagen von Frieden und Freiheit in Gesamteuropa werden damit von Moskau unmittelbar bedroht.

Vor diesem Hintergrund unterstützt der BDI die gegen Russland verhängten Sanktionen nachdrücklich. Russland darf mit seinem brutalen Krieg gegen die Ukraine keinen Erfolg haben. Die in diesem Kontext von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Schaffung eines Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr wird vom BDI ebenfalls unterstützt. Gleiches gilt für die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine.

Die Bundeswehr muss jetzt schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, ihre Verpflichtungen für die Landes- und Bündnisverteidigung uneingeschränkt zu erfüllen. Dies erfordert eine schnelle, zielgerichtete und effiziente Investition der Mittel aus dem Sondervermögen, um die Einsatzbereitschaft der Truppe zu erhöhen. Um dies zu erreichen, ist eine Beschleunigung der Beschaffungsverfahren nötig.

Die Bemühungen der Bundesregierung, staatliche Verfahren zu beschleunigen, werden deshalb vom BDI, wie in anderen Bereichen auch, unterstützt. Der vorliegende Gesetzentwurf adressiert einen richtigen und wichtigen Handlungsbedarf. Aus Sicht der Industrie gibt es jedoch wirksamere Hebel, um dies zu erreichen, als eine Reduzierung der Anforderungen des Vergaberechts. Stattdessen sollten die dem Vergabeverfahren vorgelagerten Prozesse im BMVg und der Bundeswehr, wie Bedarfsermittlung, Fähigkeitsanforderungen, Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie interne Abstimmungen, in den Blick genommen werden. Auch eine seit Jahren notwendige Professionalisierung und Digitalisierung der Vergabeverfahren wäre aus Sicht der Industrie ein wirkungsvollerer Beitrag zur Beschleunigung aller öffentlichen Beschaffungen, ebenso wie eine adäquate Ausstattung der ausführenden Behörden.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**

Lobbyregisternummer
R000534

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Ansprechpartner
Matthias Wachter
T: +493020281579
F: +493020282767

E-Mail: m.wachter@bdi.eu

Internet
www.bdi.eu

Bewertung des vorliegenden Gesetzentwurfs

Europäisches Recht ausschöpfen

Art. 346 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) lässt bereits heute direkte und beschleunigte Vergaben an einzelne Unternehmen ohne Ausschreibung zu, wenn die Kerninteressen der Nationalen Sicherheit betroffen sind. Andere europäische Länder gehen mit dieser Ausnahmebestimmung wesentlich extensiver um als Deutschland. Der BDI empfiehlt daher zunächst, die vorhandenen Möglichkeiten des AEUV Art. 346 voll auszuschöpfen, statt neue Regeln zu schaffen.

Funktionale Ausschreibungen verstärkt nutzen

Die ausschließliche Fokussierung auf den Vergabeprozess greift aus Sicht der Industrie zu kurz, blendet sie doch wesentliche Aspekte, die zu Verzögerungen führen, aus. Dies betrifft insbesondere Prozesse innerhalb der Bundeswehr, die eine Definition von Spezifikationen und Anforderungen zum Ergebnis haben sollen.

Der BDI schlägt daher vor, stärker auf funktionale Anfrage- und Ausschreibungsprozesse zu setzen. Notwendige Fähigkeiten sollten beschrieben, deren (technische) Umsetzung aber den Anbietern überlassen werden. Dies hat den Vorteil, dass die anbietende Industrie frühzeitig bewährte und vorhandene Lösungsangebote einbringen kann, Innovationen gefördert und Entwicklungsprozesse erheblich verkürzt werden.

Schwellenwert der 25-Millionen-Euro-Vorlagen erhöhen

Um Vergabeprozesse zu beschleunigen, schlägt der BDI eine signifikante Erhöhung des Schwellenwerts der sogenannten 25-Millionen-Euro-Vorlagen vor. Diese Vorlagen wurden in den 1980er Jahren als 50-Millionen-DM-Vorlage eingeführt und seitdem kein einziges Mal angepasst. Ohne eine zumindest inflationsbedingte Anpassung wird die aktuelle Höhe dazu führen, dass in Zukunft nahezu alle Beschaffungen das parlamentarische Verfahren durchlaufen müssen. Die Erstellung der Vorlagen ist bereits heute mit einem erheblichen Aufwand für das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) verbunden, was zu einer Verlangsamung des Prozesses beiträgt.

Im Zuge der geplanten Steigerung des Verteidigungsetats kann eine Erhöhung der Wertgrenze einer Ausweitung der Bearbeitungszeit von Anträgen effizient entgegengewirkt werden.

Gesetz befristen

Im Kontext der Zeitenwende zielt das BwBBG auf das „zeitnahe Erreichen eines breiten, modernen und innovationsorientierten Fähigkeitsspektrums der Bundeswehr“ ab. Der BDI begrüßt daher, dass das BwBBG zeitlich befristet und evaluiert werden soll. Der BDI regt an, die danach erfolgten Vergaben statistisch erfassen zu lassen und die Daten ergänzend dem Bericht des BMVg an das Parlament beizulegen. Dies ermöglicht die Überprüfung der Zielerreichung des Gesetzes und macht insbesondere die zeitliche Einsparung jeder Vergabe nachvollziehbar.

Über den BDI

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 40 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

Ansprechpartner

Matthias Wachter
Abteilungsleiter Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und
Raumfahrt Telefon: +493020281579
m.wachter@bdi.eu

Nils Lau
Abteilungsleiter Recht, Wettbewerb und Verbraucherpolitik
Telefon: +493020281401
n.lau@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D 1601